

Niederschrift

BaMo/029/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 19.12.2024

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans Havers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Heeke	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Frau Stefanie Remberg	Ehrenamtliche Beauftragte
-----------------------	---------------------------

f. Baudenkmalpflege

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping

Sachkundiger Einwohner f.
Seniorenbeirat

Herr Claus Meier

Sachkundiger Einwohner f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Vertreter:

Herr Maik Bierbaum

SPD

Vertretung für Herrn André
Schaper

Herr Lucas Bültel

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Vertretung für Herrn Ulrich
Moritzer

Herr Rainer Ortel

UWG

Vertretung für Herrn Heiko
Schomaker

Frau Claudia Reinke

CDU

Vertretung für Herrn Dr.
Manfred Konietzko

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann

Beigeordneter

Frau Elke Jaske

Fachbereichsleiterin Planen
und Bauen

Herr Thomas Roling

Produktverantwortlicher
Mobilitäts- und Verkehrs-
planung

Herr Rüdiger Elbers

Straßenverkehrsbehörde

Herr Dirk Wolzen

Städtebaulicher Referendar

Herr Pablo Vaßholz

Stellvertr. Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dr. Manfred Konietzko

CDU

Ratsmitglied/1. Stellv. Vor-
sitzender

Herr Ulrich Moritzer

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied

Herr André Schaper

SPD

Ratsmitglied

Herr Heiko Schomaker

UWG

Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Mahmoud Tahmaz

Sachkundiger Einwohner f.
Integrationsrat

Verwaltung:

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung am 07.11.2024

Heinz-Jürgen Jansen teilte bereits vorab per Mail mit, dass er in der Sitzung vom 07.11.2024 nicht in der Anwesenheitsliste auftauche. Er bittet darum, diesen Fehler nachträglich zu beheben.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift ist somit mit o. g. Ergänzung genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Dieckmann geht auf die Anfrage von Frau Willers bezüglich des Josef-Winckler-Hauses aus dem letzten Ausschuss ein. Dort habe die zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) bei einer Ortsbesichtigung Mängel festgestellt. An verschiedenen Stellen müsse etwas gemacht werden. 2025 werde die ZGW hier bereits tätig.

Herr Dieckmann informiert über die Planung der zwei Kreisverkehre im Schotthock. Der Baubeginn sei für Februar 2025 angesetzt, wobei die Bauzeit pro Kreisverkehr etwa acht Monate betrage. Um die Umleitungsbelastung möglichst gering zu halten, habe es die Entscheidung gegeben, die Kreisverkehre nacheinander zu bauen.

Herr Dieckmann teilt mit, dass die Anfrage zur Pflasterung des Radweges an der Dutumer Straße bereits zu den TBR gelangt sei. Dort werde sich um alles Weitere gekümmert.

Herr Dieckmann erklärt, dass der Missstand an der Ausfahrt des Busdepots an der Bonifatiusstraße mit Hilfe von Betonpfeilern behoben werde.

2.1. Information Deckenerneuerung im Straßenbau 2025

Herr Roling informiert über die Deckenerneuerung für das Jahr 2025, die bereits vom Betriebsausschuss der TBR im Zuge der Prioritätenliste zum Ausbau von Straßen beschlossen wurde. Die Maßnahmen betreffen Stadtstraßen, Radwege und Wirtschaftswege.

Frau Willers äußert Bedenken bezüglich der Methode der Straßenbelagerneuerung an der Berbmstieg, da sich Rillen im Belag gebildet hätten.

Herr Roling erläutert, dass es sich bei der angesprochenen Maßnahme um eine Oberflächenbehandlung zur Unterhaltung einer Straße handle, die insbesondere bei ausgemagerten Oberflächen mit Rissen zum Einsatz komme. Dabei werde eine oberflächennahe Schicht geschaffen, indem Bitumen aufgetragen und anschließend doppelt abgesplittet werde. Die Wirksamkeit die-

ser Methode variere je nach Straßenbeschaffenheit. Eine Abstimmung mit den Kollegen der TBR bezüglich der Anwendung auf weitere Straßen werde in Erwägung gezogen.

2.2. Information zur Quellenstraße - Entfernung eines Pollers

Herr Dieckmann klärt darüber auf, dass der Poller an der Quellenstraße bereits entfernt sei.

3. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Herr Schröder bringt das Problem der zugeparkten Fahrradstreifen auf der Münsterstraße zur Sprache und fordert Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung der Radspur.

Herr Elbers stellt klar, dass es sich bei den markierten Bereichen nicht um Radfahrstreifen, sondern um Piktogramme handele, die lediglich darauf hinweisen, dass Radfahrer die Straße benutzen dürften.

Herr Brauer ergänzt, dass die Piktogramme nicht mehr als eine Nutzungshinweisung darstellen und keine Parkverbote implizieren würden.

3.1. Information zu Elektrokleinstfahrzeugen (E-Scooter, E-Tretroller etc.)

Herr Elbers klärt über die Unterschiede zwischen E-Tretrollern und E-Scootern auf. Elektrokleinstfahrzeuge seien demnach Kraftfahrzeuge ohne Sitz, die maximal 20 km/h fahren. E-Scooter, die in der Fußgängerzone nicht erlaubt seien, würden oft mit Elektrokleinstfahrzeugen verwechselt. Krankenfahrstühle hingegen hätten die gleichen Rechte wie Fußgänger, sofern sie nicht schneller als 6 km/h fahren.

Frau Wellmann fragt, ob die E-Tretroller demnach in der Emsstraße fahren dürften oder nicht.

Herr Elbers legt dar, dass die Rechtslage eindeutig sei. Das Fahren mit einem E-Tretroller sei hier nicht zulässig.

Frau Wellmann erklärt, dass es dort einer Beschilderung bedarf, da sich niemand an die Regelung halte.

Herr Hesping macht darauf aufmerksam, dass viele Krankenfahrstühle schneller als 6 km/h fahren könnten und fragt, ob auch diese in der Fußgängerzone fahren dürften.

Herr Elbers weist darauf hin, dass in Fußgängerzonen Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben sei. Dies gelte für alle Krankenfahrstühle, egal wie schnell sie potenziell fahren könnten. Er empfiehlt, bezüglich der zulassungsrechtlichen Vorschriften Kontakt mit dem Kreis Steinfurt als Straßenverkehrsamt aufzunehmen.

Herr Ortel erkundigt sich bei Herr Elbers nach der Unfalllage in der Emsstraße und ob ein spezifischer Unfall mit einer schwer verletzten 79-jährigen Frau zu den acht registrierten Unfällen gehöre.

Herr Elbers bestätigt dies und erläutert, dass die Unfallkommission des Kreises Steinfurt zur Besprechung solcher Unfälle regelmäßig Sitzungen abhalte.

3.2. Antrag Stadtteilbeirat Dutum-Dorenkamp - verkehrliche Gefahrenpunkte

Herr Dieckmann teilt mit, dass der vorliegende Antrag bereits inklusive der Antwort in Session eingestellt sei. Aufgrund des Antragsumfangs gehe er hier nicht weiter darauf ein.

4. Einwohnerfragestunde

Heinz Dieter Zanger ist als Vertreter der IG Immermannstraße anwesend. Er spricht das Thema der Bodenbelagherstellung 2025 an. Am 07.11.2024 sei beschlossen worden, dass Betonquader an der Immermannstraße aufgestellt werden. Die IG Immermannstraße habe dazu einen Kommentar an die Verwaltung geschrieben. Auf dem beigefügten Video erkenne man, dass diese Maßnahme nicht zu einem besseren Fahrverhalten der Busse beigetragen habe. Die Verkehrssicherheit habe sich demnach auch nicht erhöht. Er fragt, wie dort weiter vorgegangen werden könne.

Herr Roling verweist auf den Beschluss vom 07.11.2024. Die damit beschlossene Maßnahmenliste werde 2025 abgearbeitet. Er sei davon überzeugt, dass diese Maßnahmen geeignet seien, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer zu reduzieren. Das Fahrverhalten Einzelner könne die Verwaltung nicht abschließend beeinflussen.

Silvia Lambers meldet sich als Elternsprecherin der Südesch-Schule. Ihr sei wichtig, dass die Thematik der Schulwegsicherheit im Rahmen des Umzuges der Schule zeitnah geklärt werde. Im Haupt-, Digital- und Finanzausschuss habe es dahingehend bereits einen Antrag gegeben. Sie fragt, wie weit die Verwaltung mit der Prüfung vorangeschritten sei. Da es sich bei der Surenburgstraße um eine Kreisstraße handle, müsse der Kreis ja ebenfalls involviert sein.

Herr Dieckmann erklärt, dass im Haupt-, Digital- und Finanzausschuss bereits über das Thema diskutiert worden sei. Die Planung einer Querungshilfe auf der Surenburgstraße sei für das Jahr 2025 vorgesehen. Er führt weiter aus, dass die Umsetzung unverzüglich nach der Planung beabsichtigt sei, aber von der Verfügbarkeit der Straßenbaulastträger abhängen.

Herr Brauer ergänzt, dass ein Bustransfer zusätzlich als vorübergehende Lösung diene.

Frau Lambers erkundigt sich nach weiteren Maßnahmen, die bis zum ersten Schultag nach Ostern 2025 umgesetzt werden könnten, wie die Abpöllerung an der Jägerstraße oder Bremschwellen im Bereich Zeisigweg / Schmalestraße.

Herr Roling antwortet, dass im Austausch mit der Schulverwaltung bereits einige Punkte besprochen worden seien, darunter ein Halteverbot und die Erneuerung einer Leuchte, die vor Ostern umgesetzt werden könnten. Weitere Maßnahmen bedürfen jedoch noch einer Planung.

Martina Kahle ist ebenfalls an der Sicherheit des Schülerverkehrs interessiert. Sie schlägt vor, übergangsweise eine Verkehrsberuhigung einzurichten, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten bis die Querungshilfe an der Schorlemerstraße fertiggestellt sei. Sie fragt, was dort gemacht werden könne.

Frau Schlattmann vom Kreis Steinfurt erläutert, dass aufgrund der Funktion der Surenburger Straße als Kreisstraße keine Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wie Schwellen oder die Einrichtung einer 30er Zone erlaubt seien, da dies den fließenden Verkehr beeinträchtigen würde. Anträge für 30er Zonen würden zwar häufiger gestellt, jedoch müssten bestimmte Vorgaben, insbesondere in der Nähe von Kindergärten, Pflegeheimen, Krankenhäusern und Schulen, eingehalten werden. Ein solcher Fall liege an der Surenburger Straße jedoch nicht vor. Sie spricht die

Möglichkeit an, im Bereich der Bushaltestelle einen Zebrastreifen einzurichten, um Kindern das sichere Überqueren der Straße zu ermöglichen. Dies werde geprüft.

Frau Kahle thematisiert die Problematik der Straßenbeleuchtung in der Eschendorfer Aue, wo aufgrund von Vermarktungs- oder Baubeginnproblemen die Straßenbeleuchtung fehle und Kinder unbeleuchtete Wege nutzen müssten. Sie stellt die Frage, ob die Beleuchtung planungsmäßig vorgezogen werden könne, um zumindest einige Lampen zu errichten.

Herr Dieckmann nimmt den Hinweis auf und verspricht, zusammen mit den Stadtwerken die Möglichkeit einer früheren Beleuchtung zu prüfen.

Frau Kahle fragt, was an dem Standort der ehemaligen Südesch-Schule geplant werde. Sie befürchte, dass die Spielfläche für Kinder verloren gehen könnte.

Herr Dieckmann erklärt, dass es hier noch keine Planungen gebe. Im Rahmen eines zukünftigen Planverfahrens bekäme die Bürgerschaft die Möglichkeit sich einzubringen.

Auf Nachfrage von Frau Stefanie Krümpel teilt Herr Dieckmann mit, dass es abgesehen von der Lichtsignalanlage an der Ecke Maisenstraße / Zum Fichtenvenn und der Querungshilfe an der Schorlemerstraße, keine weiteren Planungen gebe, um das Überqueren der Surenburgstraße zu vereinfachen.

5. Umbau der K 69 (Catenhorner Straße, Hafenbahn) in der Ortsdurchfahrt Rheine
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 438/24

Herr Dieckmann berichtet über die geplante Neugestaltung der K 69, bei der der Radverkehr mehr Raum erhalten solle. Er erwähnt, dass die Stadt Rheine für Gehwege, Parkstreifen und Straßenbeleuchtung zuständig sei, während der Kreis als Straßenbaulastträger für den Rest die Verantwortung trage.

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen zu den Straßenteilen, die in der Baulast der Stadt Rheine liegen (Gehwege, Parkstreifen und Straßenbeleuchtung) und nimmt die durch den Kreis Steinfurt erfolgten Planungsänderungen in deren Baulast zur Kenntnis.

- Änderungen siehe Begründung -

Zu II: Festlegung des Bauprogramms

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt nachfolgendes Bauprogramm für den Umbau der K 69 (Catenhorner Straße, Hafenbahn) durch den Kreis Steinfurt in der Ortsdurchfahrt Rheine zur Kenntnis und beschließt das Bauprogramm für die Straßenbauteile, die in der Baulast der Stadt Rheine liegen (Gehwege, Parkplätze und Straßenbeleuchtung).

In allen drei Bauabschnitten ist ein Ausbau im Separationsprinzip vorgesehen.

Die gesamte Umbaumaßnahme lässt sich in drei Abschnitte aufteilen, die auch den geplanten späteren Ausbauabschnitten entsprechen werden:

1. Bauabschnitt: von B 481 bis Mittelstraße

- a) Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
- b) gemeinsamer Geh- / Radweg aus Betonsteinpflaster mit Unterbau
- c) Parkstreifen aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster mit Unterbau
- d) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünstreifen / -beeten mit Baumbepflanzung
- e) betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
- f) Straßenentwässerung mittels Straßenabläufen und einer Entwässerungsrinne mit Anschluss an das vorhandene Entwässerungssystem

2. Bauabschnitt: von Mittelstraße bis Bühnertstraße

- a) Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
- b) Radfahrstreifen (Bike Lane) in Asphalt mit Unterbau
- c) gemeinsamer Geh- / Radweg aus Betonsteinpflaster mit Unterbau
- d) Gehweg aus Betonsteinpflaster mit Unterbau
- e) Parkstreifen aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster mit Unterbau
- f) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünstreifen / -beeten mit Baumbepflanzung
- g) betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
- h) Straßenentwässerung mittels Straßenabläufen und einer Entwässerungsrinne mit Anschluss an das vorhandene Entwässerungssystem

3. Bauabschnitt: von Bühnertstraße bis Ortsdurchfahrtsgrenze (Anschluss Waldmarkstraße)

- a) Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
- b) gemeinsamer Geh- / Radweg aus Betonsteinpflaster mit Unterbau
- c) Parkstreifen aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster mit Unterbau
- d) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünstreifen / -beeten mit Baumbepflanzung
- e) betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
- f) Straßenentwässerung mittels Straßenabläufen und einer Entwässerungsrinne mit Anschluss an das vorhandene Entwässerungssystem

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Umbau der K 77 (Hauptstraße) in der Ortsdurchfahrt Rheine-Hauenhorst
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 418/24

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor. Auch hier gebe es im Rahmen der Umgestaltung das Ziel, dem Radverkehr mehr Raum zu geben als bisher.

Frau Schlattmann berichtet über ein Planungsgespräch bei der Bezirksregierung Münster bezüglich Fördermaßnahmen. Sie teilt mit, dass eine Förderung für die K 77 beantragt worden sei, was die finanzielle Belastung der Stadt Rheine deutlich reduzieren könne.

Herr Isfort äußert Bedenken hinsichtlich der Verdrängung des ruhenden Verkehrs durch Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs. Er betont die Wichtigkeit eines ausgewogenen Miteinanders aller Verkehrsteilnehmer und warnt vor einer Verschiebung von Parkproblemen in Nebenstraßen. Hier müsse die Stadt Fingerspitzengefühl beweisen.

Frau Reinke spricht über die Realität der Verkehrssituation, insbesondere im Hinblick auf Schülerinnen und Schüler und prognostiziert ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sowie ein abweichendes Verhalten von den vorgesehenen Wegen.

Herr Nagelschmidt stellt die Frage, ob bei der Planung auch die Möglichkeit eines Kreisverkehrs in Betracht gezogen worden sei.

Frau Schlattmann erläutert, dass derzeit kein Bedarf für einen Kreisverkehr an der betreffenden Stelle gesehen werde.

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen zu den Straßenteilen, die in der Baulast der Stadt Rheine liegen (Parkstreifen und Straßenbeleuchtung) und nimmt die durch den Kreis Steinfurt erfolgten Planungsänderungen in deren Baulast zur Kenntnis.

- Änderungen siehe Begründung -

Zu II: Festlegung des Bauprogramms

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt nachfolgendes Bauprogramm für den Umbau der K 77 (Hauptstraße) durch den Kreis Steinfurt in der Ortsdurchfahrt Rheine-Hauenhorst zur Kenntnis und beschließt das Bauprogramm für die Straßenbauteile, die in der Baulast der Stadt Rheine liegen (Parkstreifen und Straßenbeleuchtung).

Es ist ein Ausbau im Separationsprinzip vorgesehen.

1. Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
2. Gemeinsamer Geh-/Radweg aus Betonsteinpflaster mit Unterbau
3. Parkstreifen aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster mit Unterbau
4. Verkehrsgrün, bestehend aus Grünstreifen mit Bepflanzung ≤ 80 cm
5. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
6. Straßenentwässerung mittels Straßenabläufen und Entwässerungsrinne mit Anschluss an das vorhandene Entwässerungssystem

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Änderung der Radverkehrsbeschilderung in der Emsstraße
Vorlage: 483/24

Herr Dieckmann führt in die Diskussion über die Änderung der Radverkehrsbeschilderung in der Emsstraße ein und erläutert die Hintergründe der geplanten Maßnahme, die aufgrund von Unfällen und Beinahe-Unfällen notwendig geworden sei.

Herr Beckmann von der CDU stellt einen Antrag zur Änderung der Beschlussvorlage, um die Zeit von 19:00 Uhr auf 20:00 Uhr auszudehnen. Er bedauere, dass die Mehrheit der ordentlichen Radfahrer durch das Fehlverhalten einer Minderheit beeinträchtigt werde. Zudem kritisiert er das Ausbleiben von Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt.

Herr Nagelschmidt unterstützt die Aussagen von Herrn Beckmann, insbesondere die Kritik, dass 95% der regelkonform fahrenden Radfahrer durch die Maßnahmen bestraft würden. Er hinterfragt die Effektivität der Kontrollen und fordert eine genauere Aufschlüsselung der Unfallstatistiken, da seiner Meinung nach ein Großteil der Unfälle auf E-Scooter und Alleinunfälle zurückzuführen sei. Er spricht sich für eine Verlängerung der aktuellen Regelung und gezielte Kontrollen aus, um die Situation zu verbessern, anstatt pauschal alle Radfahrer zu bestrafen. Er vertrete damit auch die Position des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs.

Herr Isfort teilt seine persönlichen Erfahrungen mit dem Fahrradfahren in der Innenstadt mit. Er berichtet, dass die Mehrheit seiner Fraktion sich dafür ausgesprochen habe, die Öffnung der Fußgängerzone für Radfahrer zurückzunehmen. Er spricht auch das Thema Krankenfahrstühle an und erwähnt, dass die Gesetzgebung in diesem Bereich sehr komplex sei.

Herr Tappe erläutert, dass Kontrollen in der Fußgängerzone stattgefunden hätten. Dafür sei bei der Polizei sogar eine Fahrradstaffel eingerichtet worden. Er betont die Notwendigkeit einer besseren Beschilderung und Aufklärung über die geltenden Regeln. Die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit durch Radfahrer in dem Teilbereich der Emsstraße, der für sie geöffnet wurde, könne durch Kontrollen nicht dauerhaft gewährleistet werden. Es herrsche Unklarheit darüber, welche Bereiche für Radfahrer freigegeben seien. Auch das führe vermehrt zu unerlaubtem Befahren der Emsstraße durch E-Scooter. Er fordert eine verbesserte Beschilderung und Bodenmarkierungen, um die Fußgängerzone als Schutzraum für Fußgänger zu erhalten.

Herr Christian Jansen spricht über die Notwendigkeit direkter und schneller Wege für Fahrradfahrer im Innenstadtbereich. Dabei führt er jedoch auch die Gefährdung von Fußgängern durch Radfahrer, die mit überhöhter Geschwindigkeit fahren würden, an. Die begrenzten Kapazitäten der Polizei für Kontrollen müsse man in die Diskussion mit einbeziehen. Er sehe eine Regelungsänderung als einzig mögliche Lösung des Problems, da die Polizeipräsenz nicht ausreichend erhöht werden könne.

Frau Willers thematisiert zusätzliche Gefahren durch Lieferdienste. Hier könne man mit den Geschäftsleuten eventuell in Kontakt treten und nach Lösungen suchen. Sie hebt die Notwendigkeit hervor, Rücksicht auf ältere und eingeschränkte Mitbürger zu nehmen und schlägt vor, den Aktionsradius von E-Scootern technisch zu begrenzen.

Herr Ortel bestätigt die Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer durch regelwidriges Verhalten von Rad- und E-Scooter-Fahrern. Er kritisiert die Art und Weise der Erstellung und die Aufbereitung der Vorlage. Die zugrundeliegenden Informationen zu den Unfällen in der Vorlage würden fehlen. Diese habe er sich zusätzlich von der Verwaltung eingeholt, um sich die Ursachen der einzelnen Unfälle genauer anzusehen. Er geht auf die einzelnen Unfälle ein und beschreibt deren Umstände, um zu verdeutlichen, dass in den meisten Fällen keine Radfahrer involviert gewesen oder die Unfälle auf verbotswidriges Verhalten zurückzuführen seien. Er macht deutlich, dass nur in einem von acht Fällen ein Radfahrer im erlaubten Bereich einen Unfall verursacht habe. Durch die Vorlage werde der Eindruck erweckt, Radfahrende seien hauptsächlich für Unfälle verantwortlich, was nicht der Realität entspreche. Er hinterfragt die Eilbedürftigkeit der Maßnahme und spricht sich gegen eine vorschnelle Schließung der westlichen Innenstadt für Radfahrende aus.

Herr Isfort widerspricht Herrn Ortel hinsichtlich der Eilbedürftigkeit und betont das wahrgenommene Sicherheitsgefühl und Gefährdungspotenzial als wichtige Faktoren. Er spricht sich für eine Rücknahme der Sondererlaubnis für Radfahrende aus, um den Raum der Fußgänger zu schützen. Er fordert eine klarere Beschilderung und Visualisierung, um Verbotenes kenntlich zu machen, und regt an, Hinweisschilder zu alternativen Routen für Radfahrende zu installieren.

Herr Nagelschmidt unterstützt die Argumentation von Herr Ortel und kritisiert ebenso die Darstellung von Unfällen in der Vorlage. Er verweist auf positive Beispiele fahrradfreundlicher Städte im Münsterland, die ihre Innenstädte ebenfalls für Radfahrende geöffnet hätten. Eine regelmäßige Kontrolle sei unabdingbar und entscheidend für das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer.

Herr Meier spricht sich als Vertreter des Beirats für Menschen mit Behinderung ausdrücklich dafür aus, dass zugelassene Krankenfahrstühle auch weiterhin ungehindert in der Fußgängerzone unterwegs sein dürfen. Entsprechende Höchstgeschwindigkeiten müssten natürlich eingehalten werden.

Herr Brauer schlägt vor, über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Herr Ortel würde sich über eine Modifikation des Vorschlags freuen, indem die Regelung nur probeweise für 2 Jahre eingeführt werden solle. Auf Basis von Berichten der Kreispolizeibehörde zur Unfallhäufigkeit und zum Gefahrenpotenzial könne man dann weitergehende Entscheidungen treffen.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Erfassung von Unfällen durch die Kreispolizeibehörde unabhängig von Beschlüssen erfolge. Die Verwaltung sehe die neue Verkehrsregelung als Geschäft der laufenden Verwaltung. Berichte zur Unfallentwicklung könne man ohne die Modifikation erstellen lassen.

Herr Tappe äußert Unzufriedenheit mit Herrn Ortels Darstellung der Unfallstatistik und betont, dass jeder Verkehrsunfall einer zu viel sei. Er verweist auf die Straßenverkehrsordnung, die ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme von allen Verkehrsteilnehmern fordere.

Frau Wellmann schildert ihre persönlichen Schwierigkeiten als Vielfahrerin mit dem Fahrrad, die Innenstadt zu durchqueren und erwähnt die Notwendigkeit, die Verkehrsführung zu überdenken.

Herr Christian Jansen befürwortet den Vorschlag einer weiteren Erörterung der neuen Regelung nach 2 Jahren.

Herr Burmeister macht deutlich, dass es sich bei der Regeländerung nicht um eine Einschränkung für Radfahrer handele, sondern lediglich um die Rücknahme einer Zusatzerlaubnis. Den 02.01.2025 als Datum für eine Umsetzung festzulegen, halte er für unrealistisch.

Herr Brauer befürwortet eine Änderung des Datums. Für den geänderten Beschlussvorschlag wird im Einvernehmen mit dem Ausschuss der 31.01.2025 festgelegt. Herr Brauer lehnt die Diskussion über zusätzliche Beschilderung ab, da er den Beschlussvorschlag nicht weiter verkomplizieren möchte. Er lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die beabsichtigte neue Verkehrsregelung für Radfahrende in der Innenstadt unter Berücksichtigung der Benutzung von 20:00 Uhr bis 09:00 Uhr bis zum 31.01.2025 umzusetzen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich beschlossen
	2 Nein Stimmen
	2 Enthaltungen

8. Kommunales Modulares Mobilitätskonzept - KOMM Modul „Nahmobilität / Radverkehrskonzept“ - Radwegemaßnahmen 2025 Vorlage: 467/24

Herr Roling verweist auf die Vorlage.

Beschlüsse:

- I. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, die angeregten Ergänzungsanträge in die Maßnahmenliste der Ergänzungsanträge (siehe Anlagen 3.1 bis 3.3) aufzunehmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig
-----------------------------	------------

- II. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Sachstand zum Modul „Nahmobilität / Radverkehrskonzept“ der Radwegemaßnahmen zur Kenntnis und beschließt - vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2025 - die Maßnahmenliste für das Jahr 2025 (siehe Anlagen 4.1 bis 4.3).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Fußverkehrs-Check 2024
Vorlage: 464/24

Herr Dieckmann verweist auf die Vorlage.

Herr Beckmann spricht der Verwaltung und insbesondere Herrn Wolters für die gelungene Einbindung der Bürger ein Lob aus.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt den in der Maßnahmenliste angeführten Empfehlungen für den Fußverkehr und den Verbesserungen für mobilitätseingeschränkte Personen zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Antrag Stadtteilbeirat Schotthock - Bonifatiusstraße
Vorlage: 484/24

Herr Dieckmann führt aus, dass die Verwaltung das Ziel verfolge, die Radverkehrsverbindungen in Gewerbegebieten zu verbessern. Diese Maßnahme trage dazu bei.

Herr Christian Jansen berichtet, dass LKW-Fahrer aufgrund hoher Gebühren für Parkplätze oft gezwungen seien, in Industriegebieten oder industrienahen Gebieten zu rasten, um ihre Pausenzeiten einzuhalten. Er äußert Bedenken bezüglich einer möglichen Problemverlagerung durch die neuen Regelungen und regt an, dass die Stadt Alternativen aufzeigen sollte, um unerwünschtes Parken zu vermeiden.

Herr Dieckmann stellt klar, dass die Situation an der Stelle beobachtet werde und bei Bedarf weitere Maßnahmen eingeleitet würden.

Herr Isfort fragt, ob die Grünfläche hinter dem Busbetrieb Schäpers im Eigentum der Stadt liege. Dort hätte man die Möglichkeit die Problematik durch das Schaffen von Raststätten für LKWs zu lösen.

Herr Dieckmann teilt mit, dass sich diese Fläche nicht im Eigentum der Stadt Rheine befinde und eine solche Lösung somit unmöglich sei.

Herr Brauer bittet im Rahmen der Diskussion um eine Prüfung der Aufhebung von Sperrungen der Parkstreifen im GVZ. Dort seien Betonklötze hingestellt worden, um das Parken von LKWs zu verhindern.

Herr Roling erläutert, dass in dem Bereich mehrere Betonquader aufgestellt worden seien. Hintergrund sei zum einen die Sackgassenlage vor der KLV-Anlage. Sehr viele LKW-Fahrer hätten dort den Parkstreifen benutzt, könnten aber nicht ohne Beschädigung des Zaunes wenden. Zum anderen helfe der Betonquader im Bereich der Tankstelle die Sicht auf den fließenden Verkehr zu verbessern.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt der Straßenverkehrsbehörde, den westlichen Mehrzweckstreifen der Bonifatiusstraße, von Am Stadtwalde bis Sandkampstraße, neu zu markieren, um einen Radfahrstreifen mit Roteinfärbung und Beschilderung einrichten und anordnen zu können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Errichtung von Mobilstationen als Beitrag zur multimodalen Verkehrsentwicklung Vorlage: 478/24

Herr Roling informiert über die geplante Errichtung von Mobilstationen als Beitrag zur multimodalen Verkehrsentwicklung. Er beschreibt kurz die in den Anlagen zur Vorlage dargestellten Projektskizzen. Hierdurch wolle man hochwertige Verknüpfungspunkte für verschiedene Verkehrsarten schaffen.

Herr Maier fragt, ob die Hinweisstellen audiovisuell oder nur visuell sein würden.

Herr Roling erklärt, dass verschiedene Ausführungen möglich seien. Was genau an welcher Stelle benötigt werde, zeige die Detailprüfung, die im Rahmen der Förderantragsstellung gemacht werde.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt der Errichtung von Mobilstationen in der Stadt Rheine zu und beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Beschlusses zum Haushaltsplanentwurf 2025, mit der Durchführung der vorgesehenen Umsetzungspläne.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Vorplanungen zur Bühnertstraße und Mittelstraße im Bereich des Europaviertels am Waldhügel Vorlage: 485/24

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor. Er erläutert, dass im Hinblick auf die neuen Mobilitätsanforderungen Vorplanungen erarbeitet worden seien, dessen Umsetzungen auch erfolgen sollten. Er hebt den Erhalt des Allee-Charakters der Mittelstraße und die Verlagerung des Radverkehrs auf die Straße, um den Bäumen mehr Grünfläche zu bieten, hervor. Für die Bühnertstraße sei eine besondere Materialität in der Fahrbahnmitte vorgesehen, die erstmalig in dieser Straße verbaut werden solle. Die Vorplanungen würden jetzt als Grundlage für die weiteren Planungsschritte dienen.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung entsprechend der Vorplanungen zum Ausbau der Bühnertstraße (von Catenhorner Straße bis Darbrookstraße) und der Mittelstraße (von Catenhorner Straße bis Darbrookstraße), die weiteren Planungsschritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Antrag zur Einführung eines Materialkatasters für die Liegenschaften der Stadt Rheine
Vorlage: 476/24

Herr Chrisian Jansen stellt den Antrag vor. Er sei mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Einführung eines Materialkatasters für die eigenen Liegenschaften unter folgenden Voraussetzungen:

- Die technische Grundlage für das Materialkataster bildet die vorhandene CAFM-Software.
- Die Einführung des Materialkatasters erfolgt, aufgrund der derzeit laufenden Umstrukturierung des Gebäudemanagements sowie der nicht besetzten PV-Stelle des technischen Gebäudemanagements (Hochbaus), erst nach erfolgter Umstrukturierung und Neubesetzung der PV-Stelle.
- Der Gebäudebestand wird sukzessive und nur bei größeren anstehenden Maßnahmen ganz oder in Teilen in das Materialkataster aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Energiebericht der Stadt Rheine 2022/23
Vorlage: 337/24

Frau Jaske stellt die Vorlage vor. Einsparungen und Verbräuche seien im Energiebericht detailliert dargestellt. Sie weist auf die CFM Software hin, die eine gute Basis für die Bewertung des Bestands und die Planung von Sanierungen biete.

Herr Beckmann bewertet die Erstellung des Berichts und die dadurch gewonnenen Erkenntnisse als sehr positiv. Man erkenne, dass der Energieverbrauch an den Schulen, in denen in die Gebäudetechnik investiert worden sei, deutlich geringer ausfalle.

Herr Christian Jansen spricht die Wichtigkeit von Transparenz für die Steuerung an und regt an, dass aus dem Nutzerverhalten resultierende Maßnahmen, wie Schulungen für Hausmeister, in Betracht gezogen werden sollten.

Kenntnisnahme:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Energiebericht der Stadt Rheine bzw. der TBR - Entwässerung und der TBR-Straße und Bau für die Jahre 2022/23 zur Kenntnis.

15. Anfragen und Anregungen

Herr Burmeister bittet die Verwaltung darum, über den Sachstand der Beleuchtung an den Radwegen Elte / Mesum und Mesum / Hauenhorst in der nächsten Sitzung zu berichten.

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Pablo Vaßholz
stellvertr. Schriftführer